

## Editorial

Christoph M. Schmidt\*

## Vom Mut loszulassen

<https://doi.org/10.1515/pwp-2024-0009>

Liebe Leserin, lieber Leser,

aus gesamtwirtschaftlicher Sicht hat das Jahr 2024 ebenso wolkenverhangen begonnen, wie das vergangene Jahr endete. Die Wachstumsaussichten der deutschen Volkswirtschaft sind schlecht, und das nicht nur in der kurzen Frist. In Heft 3 der *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* aus dem vergangenen Jahr hatte ich die Fragen gestellt: „Befindet sich die deutsche Volkswirtschaft tatsächlich im (schleichenden) Niedergang?“ und „Was ist zu tun, um einem drohenden Niedergang entgegenzuwirken?“. Diese sind leider weiterhin aktuell: Sowohl die Gewährleistung unserer inneren und äußeren Sicherheit als auch eine ökologisch nachhaltige sowie sozial inklusive Zukunft sind ohne gestärkte Wirtschaftskraft nicht zu stemmen.

In Heft 3 stand ebenfalls: Ohne zutreffende Diagnose keine gute Therapie. Offenbar können sich die Bundesminister Habeck und Lindner bislang nur auf einen ersten Einstieg in die Diagnose einigen. Ihre Einschätzung der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft schwankt dabei zwischen „dramatisch schlecht“ (Habeck) und „peinlich“ (Lindner). Doch in der Frage, welche Faktoren diese Leistungsfähigkeit hemmen und welche Therapie daher jetzt angezeigt wäre, klaffen die Vorstellungen auseinander. So dürfte die Chance, die Wachstumsschwäche zu überwinden, weiter schrumpfen und die Verunsicherung der Wirtschaftsakteure noch weiter steigen.

Weite Teile der Bundesregierung sind zudem offenbar in ihrem Narrativ gefangen, dass „Zukunftsinvestitionen“ (geht es bei „Investitionen“ nicht immer um die Zukunft?) in die Wirtschafts- und Klimawende nur mit massiven Subventionen gelingen können, die von der Politik ausgewählten Empfängern in Aussicht gestellt werden. Die Alternative liegt darin, die Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort diskriminierungsfrei zu steigern. Das bedeutet, strategische Ziele wie die Defossilisierung verbindlich zu



Foto: Sven Lorenz/RWI

kommunizieren, sich dann aber darauf zu konzentrieren, einen verlässlichen Rahmen zu schaffen, sodass Unternehmen selbst die besten Lösungen finden können.

Das wiederum erfordert ein Loslassen in Form einer bewussten Abkehr von der Strategie kleinteiliger – und teurer – Eingriffe in Unternehmensentscheidungen. Wichtige Aspekte könnten zum Beispiel die Verwirklichung des angekündigten Vorhabens sein, Genehmigungs- und Planungsverfahren zu beschleunigen, sowie die Intensivierung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Momentan sieht es aber nicht so aus, dass dazu hinreichender Mut besteht. Vielmehr deutet das massive Werben weiter Teile der Regierungsparteien für eine Aufweichung der Schuldenbremse darauf hin, dass sie weiterhin stark auf Interventionen und Subventionen setzen wollen. Statt eines möglichen frühlingshaften Neustarts droht daher ein wolkenverhangenes Jahr.

Unsere aktuelle Rubrik *Unsere Welt in Zahlen* greift diese Diskussion über die deutsche Schuldenbremse auf: Im öffentlichen Diskurs wird bisweilen behauptet, sie sei nicht mehr „zeitgemäß“ oder Deutschland stehe mit der Bindung der öffentlichen Haushalte an nationale Fiskalregeln weitgehend allein, einem „Geisterfahrer“ gleich. Aber weder kann ein plumper Appell an den Zeitgeist intellektuell auch nur im Ansatz befriedigen, noch spiegelt die Darstellung eines vermeintlich unrühmlichen Alleinstellungsmerkmals die Realität auch nur annähernd wider. Vielmehr vermittelt die Datenbank des Internationalen

\*Kontaktperson: Christoph M. Schmidt, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstr. 1–3, 45128 Essen, sowie Ruhr-Universität Bochum, E-Mail: praesident@rwi-essen.de

Währungsfonds (IWF) zu Fiskalregeln deren Verbreitung in aller Welt sowie die erhebliche Qualität der deutschen Regeln.

Laut „IMF Fiscal Rules Dataset 1985–2021“ unterliegen 31 von 32 für das Jahr 2021 als „fortgeschritten“ klassifizierte Volkswirtschaften einer Fiskalregel. Davon wiederum unterliegen 28 Volkswirtschaften nationalen Regeln zur Begrenzung des jährlichen Haushaltsdefizits (einer „budget balance rule“), zum Teil noch durch supranationale Regeln ergänzt. Die Berücksichtigung von Notlagen („escape clauses“) oder des aktuellen Standes im Konjunkturzyklus verleiht den Regeln eine gewisse Flexibilität. Beides trifft auf Deutschland, aber auch auf eine ganze Reihe anderer Volkswirtschaften zu. Ausnahmen für Investitionen sind hingegen eher selten, offenbar als Konsequenz ihrer beschränkten Praktikabilität in der Anwendung.

Für mich als angewandter Ökonometriker ist die evidenzbasierte Politikberatung eine Herzensangelegenheit. Mehr Daten von derselben Art sind dabei nur manchmal eine hilfreiche Antwort, informativere Daten allerdings so gut wie immer. Daher hat es mich sehr gefreut, dass im Jahr 2023 mehrere Initiativen für den Zugang der Wissenschaft zu informativerem Datenmaterial als bislang geworben haben. In diesem Heft der *Perspektiven* fassen Rico Chaskel (Verein für Socialpolitik), Michael Getzner, Alexia Fürnkranz-Prskawetz (beide TU Wien), unsere Vereinsvorsitzende Regina T. Riphahn (FAU Erlangen-Nürnberg) und Kurt Schmidheiny (Universität Basel) *aus aktuellem Anlass* die Ergebnisse einer Umfrage zum aktuellen Stand (Urteil: bestenfalls befriedigend) unter Fachkolleginnen und -kollegen im deutschsprachigen Raum zusammen.

Ebenfalls *aus aktuellem Anlass* erläutern Jens-Uwe Franck und Martin Peitz (beide Universität Mannheim) die Neuerungen für Sektoruntersuchungen infolge der 11. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Um festgestellten Wettbewerbsstörungen abzuwehren, ist das Bundeskartellamt nunmehr befugt, Maßnahmen anzuordnen, die von Verhaltensvorgaben bis hin zur Entflechtung eines Unternehmens reichen können. Aus Sicht der Autoren ergänzt dieses neue Regelsetzungsinstrument das Kartellrecht in angemessener Weise.

Der seit langem absehbare demografische Alterungsprozess stellt in Deutschland die umlagefinanzierten Systeme der sozialen Sicherung vor zunehmende Probleme. Dies betrifft insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung, deren Finanzierung mittlerweile immer höhere Bundeszuschüsse erforderlich macht. Lukas Nöh, Claudia Schaffranka und Martin Werding (alle Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) befassen sich vor dem Hintergrund der Erkenntnisse zu langfristigen Renditen unterschiedlicher Formen der Al-

terssicherung mit Möglichkeiten zur Minderung dieses Problems. Das Autorenteam argumentiert, dass die ergänzende kapitalgedeckte Vorsorge insgesamt verbindlicher, transparenter und renditeträchtiger werden muss als bisher, und lotet in Simulationsrechnungen die Konsequenzen entsprechender Reformen aus.

Das *Gespräch* hat Karen Horn diesmal mit Oliver Landmann geführt. Der emeritierte Professor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg stellt unter anderem die Frage, warum nicht statt der Schuldenbremse ein Fiskalrat eingerichtet werden könnte – als Pendant zum Zentralbankrat. Er plädiert dafür, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch das heute noch Unrealistische denken können sollten, wenn das Realistische nicht gut funktioniert. Vor dem Hintergrund eines breiten Lebenswerks ergibt sich ein Gespräch über die Fortschritte der Makroökonomik, Inflation, Haushaltsdisziplin, den Euro und die Zukunft Europas.

Trotz aller Umsetzungsprobleme und Schwächen in der Zielgenauigkeit hat sich der Staat hierzulande in den großen Krisen der vergangenen Jahre beim Abfedern akuter wirtschaftlicher Konsequenzen für die wirtschaftlich Schwächeren als recht erfolgreich erwiesen. In seinem *Beitrag aus der Forschung* untersucht Michael Broer (Ostfalia Hochschule, Wolfsburg), ob dabei künftig eine Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer in Verbindung mit einer steuerpflichtigen Kopfpauschale eine sinnvolle Alternative darstellen könnte. Durch das im Jahr 2022 verabschiedete Inflationsausgleichsgesetz hatte die Bundesregierung hingegen den Grundfreibetrag erhöht und die übrigen Tarifeckpunkte der Einkommensteuer angepasst.

Wenn Europa eine konstruktive Rolle in der globalen Energiewende spielen will, wird es nicht genügen, die selbst gesteckten ambitionierten Emissionsreduktionsziele lediglich zu erreichen. Vielmehr muss es zudem gelingen, dabei eine möglichst hohe Wirtschafts- und Innovationskraft zu entfalten. Der Schlüssel zu diesem Erfolg ist an sich wohl bekannt: eine möglichst einheitliche und umfassende Besteuerung fossiler Emissionen. Nach langem Zögern bewegt sich die europäische Klimapolitik nun langsam in diese Richtung. Wilfried Rickels (CAU Kiel und IfW Kiel), Christian Rischer (IfW Kiel), Felix Schenuit (SWP Berlin) und Sonja Peterson (IfW Kiel) nutzen sorgfältige Simulationsrechnungen, um zu zeigen, welche erheblichen Effizienzverluste damit verbunden sind, diesen Weg nicht mit voller Konsequenz zu beschreiten.

Ein großer Denker hat uns vor kurzem verlassen: Am 24. Oktober 2023 ist Hans Albert im Alter von 102 Jahren verstorben. Hartmut Kliemt (Justus-Liebig-Universität Gießen) erinnert in tiefer Dankbarkeit an ihn. Im Jahr 1963 auf

einen Lehrstuhl für Soziologie und Wissenschaftslehre an der Universität Mannheim berufen, war Albert ein großer Verfechter des kritischen Rationalismus – und ein leidenschaftlicher Tänzer.

Mit dieser Ausgabe bedanke ich mich nun an dieser Stelle persönlich und im Namen des gesamten Teams der *Perspektiven* für Ihre Zeit, Anregungen und Beiträge

während meiner Herausgeberschaft, die mit diesem Heft ein Ende findet. Die *Perspektiven* dürfen also abermals den Zauber des Neuanfangs erleben. Meinem Nachfolger wünsche ich einen guten Start als Herausgeber und Ihnen allen ein hoffentlich erfolgreiches Jahr mit neuem Schwung.

Ihr Christoph Schmidt